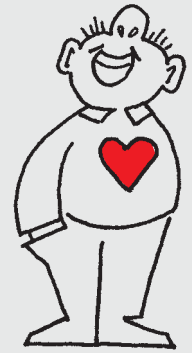


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



11/2013

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Überwachung für alle?



CDU und SPD wollten mal zeigen, wie toll sie agieren können, wenn Bürger vermeintlich in Not sind. Nachdem die Probleme mit dem »Trinkerplatz« an der Promenade (vor Kaufland) immer mehr zur Belastung für Gewerbetreibende und Anwohner wurden, wendeten sich Betroffene mit dem Problem an die Stadtverwaltung und die Stadtverordnetenversammlung.



Daraufhin berief die Verwaltung eine Beratung unter Hinzuziehung u. a. von Vertretern der Fraktionen der SVV ein. Die Verwaltung legte in dieser Beratung ein Informationspapier vor, in dem reale Handlungsspielräume beschrieben wurden, welche eine gute Basis für sofortiges Handeln gewesen wären. Grundsätzlich ist diese Haltung ja begrüßenswert, nur leider sind es die Ideen und Anträge der Kollegen von CDU und SPD nicht. Sie forderten den Aufbau einer Überwachungskamera und eine bessere Beleuchtung des Areals. Wie damit das Problem zeitnah gelöst werden sollte ist völlig unklar, aber es war erst mal ein toller Auftritt mit viel Polemik und wenig Sachlichkeit!

Nun stellt sich die Frage, wie soll das umgesetzt werden? Videoüberwachung ist in Brandenburg der Polizei vorbehalten und neue Lampen kosten Geld, und wer die bezahlen soll, ist nicht gesagt worden. Für die Gewerbetreibenden ändert sich erst mal nichts und die Trinker sind immer noch da und mit ihnen auch weiterhin die damit verbundenen Probleme. Viel sinnvoller wäre es, die Dinge anzugehen, die wir selbst sofort umsetzen können. Eine höhere Präsenz des Ordnungsamtes auch in den Abendstunden und der begrenzte Einsatz eines

Wachschutzes könnten kurzfristig die Lage entspannen. Beseitigen lassen sich solche Zustände wohl kaum, lediglich die Orte des Geschehens werden gewechselt! Übrigens darf auch ein Bürgermeister mal aus dem Rathaus fallen und sich der Situation vor seiner Haustür selbst stellen.

Wer glaubt, dass Videoaufzeichnungen bei dem betroffenen Personenkreis Ordnungswidrigkeiten verhindern, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.

Videoüberwachung, wie sie vor allem in Großbritannien in Mode gekommen ist, funktioniert nur, wenn die Bilder ständig überwacht werden und bei Straftaten sofortige Handlung erfolgt. Dafür hat die Polizei weder die materiellen noch die personellen Mittel.

Ordnungswidrigkeiten zu bekämpfen ist Sache der Ordnungsämter und nicht der Polizei. Dies kann man für falsch halten, aber so ist nun mal die Rechtslage in Deutschland. Außerdem bleibt doch die Frage, ob zukünftig jeder Bürger auf dem Weg ins Einkaufszentrum gefilmt werden will. Fazit der Beratung: Am Ende stimmte der Bürgermeister dann den mündlichen Anträgen von CDU und SPD zu. Wir sind sehr gespannt, wie er diesen Beschluss, der zum Teil außerhalb seiner Kompetenzen liegt, umsetzen wird.

Ingo Paeschke

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst

Peter Bischoff

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE in der SVV Forst

Spruch des Monats

»Wer andere beherrscht, ist mächtig.
Wer sich selbst beherrscht,
ist noch viel mächtiger.«

Laotse

Nur eine Scheibe?

Eigentlich freue ich mich, wenn unsere Partei DIE LINKE in der Lausitzer Rundschau auch auf der Forster Lokalseite erwähnt wird. Doch dieses Mal nicht.

In der Nacht vom 2. auf den 3. November haben unbekannte Täter versucht, ein Fenster unserer Geschäftsstelle in Forst zu zerstören. Sie benutzten dazu ausgerechnet unseren Fahrradständer. Am Sonntag, dem 3. November, zeigte ich die versuchte Zerstörung der Fensterscheibe bei der Polizei an. Erstaunt las ich dann in der »Lausitzer Rundschau«, dass Polizeisprecher Lutz Miersch noch nicht sagen konnte, ob diese Zerstörungsaktion politische Hintergründe haben könnte, denn zu diesem Zeitpunkt hatte der Staatsschutz schon die Ermittlungen übernommen. Eine Woche zuvor wurde an fast gleicher Stelle ein Imbiss beschädigt. Was die »Lausitzer Rundschau« hier vergaß zu erwähnen, der Imbiss gehört einem schon lange in Forst lebenden Vietnamesen. Da wird die Sache mit dem ja oder nein zu den politischen Hintergründen schon klarer.

Es ist aber egal, ob rechtsradikale Idioten oder betrunkene Jugendliche unsere Geschäftsstelle attackierten, für mich ist in beiden Fällen der politische Hintergrund gegeben. Den Nazis ist eh nicht zu helfen; den Jugendlichen, die vielleicht ihr Selbstmitleid im Alkohol ertränken und dann randalieren, schon. Mädchen und Jungs, falls es euch betrifft, wir von der Partei DIE LINKE sind immer bereit, über eure Probleme zu quatschen und auch euch zuzuhören. Dazu haben wir nicht nur unsere monatliche Sozialberatung, sondern auch unsere Rederunde bei »Linksum«. Und falls es euch an einem Ausbildungsplatz fehlen sollte, sogar da könnten wir euch weiterhelfen. Denn wir haben eine Liste möglicher Ausbildungsplätze in unserer Geschäftsstelle zu liegen. Vorbeischaun könnte sich also lohnen. Jedenfalls mehr, als Scheiben zerdeppern. **Karsten Fedrich**, Vorsitzender Ortsvorstand DIE LINKE. Forst

Aus der Stadtverordnetenversammlung:

- Der Verkauf von Anteilen des Krankenhauses nähert sich einer Entscheidung. Im ersten Quartal 2014 könnte ein abschließendes Ergebnis vorliegen. Bis dahin werden wir den Prozess weiter aufmerksam begleiten.
- Die Diskussion um Abwasserpreise und die Einbeziehung von Altanschlüssen soll noch in dieser Wahlperiode angepackt werden. Mit dem Wahltermin im Mai 2014 vor Augen, ist eine Einigung eher unwahrscheinlich. Viel wird davon abhängen, welche gesetzlichen Regelungen der Landtag noch beschließt, und auch da stehen im September 2014 Wahlen an.
- Beim Thema Vergabe von Leistungen rund um das Rosengartenjubiläum steht eine Antwort der Kommunalaufsicht des Landkreises noch immer aus. Sollte es dem Landrat nicht möglich sein, eine fachlich fundierte Antwort zu geben, werden wir wohl das Innenministerium befragen müssen.

Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Wie viel »Brühl« soll es denn sein?

Graf Heinrich von Brühl, einst erster Minister am Hofe August des III., ist eine historisch umstrittene Persönlichkeit. Er war jemand, der die schönen Dinge des Lebens liebte und dem es gelang, sich reichlich davon zu verschaffen. Brühl war der politische Intimfeind Friedrich des Großen und musste am Ende seines Lebens noch den Zusammenbruch all seiner politischen Pläne erleben.

Für Forst ist die Person Brühls verbunden mit der Zugehörigkeit zu Sachsen und mit dem Wiederaufbau nach einem der größten Stadtbrände der Geschichte. Nun kann man die Historiker darüber streiten lassen, wie bedeutend der Graf als Diplomat und Politiker war. Heutzutage ist Brühl eine Figur, an der wir deutsch-polnische Geschichte erlebbar machen können und dabei eine Zeit beleuchten, in der die staatlichen Grenzen zwischen beiden Völkern weit entfernt von Forst verliefen.

Erlebbar machen, heißt aus meiner Sicht aber nicht, ein Denkmal zu errichten oder Münzen zu prägen. Vielmehr sollte ein kulturelles Ereignis entstehen, dass anknüpfen könnte an den dreiteiligen Film »Sachsens Glanz und Preußens Gloria« von 1983. Diese Idee hat bisher leider kei-

nen Widerhall gefunden, aber sie wäre eine gute Grundlage für ein Sommertheater im Rosengarten und damit auch ein vielleicht langfristiges Kulturangebot für ein breites Publikum. Der Darsteller des Grafen Brühl Edzard Haußmann ist leider bereits verstorben, aber sein Sohn Leander, der in der Trilogie den jungen Brühl spielte, ist heute ein bekannter Regisseur und Schauspieler. Vielleicht sollten wir mal versuchen, über den eigenen Gartenzaun hinaus zu denken und nicht alles in Stein zu meißeln.

Ingo Paeschke

Mindestlohn statt Lohnbremse

»Die große Koalition plant ein Tempolimit für den Mindestlohn sowie eine Sonderwirtschaftszone Ost«, kommentiert Sahra Wagenknecht die Koalitionspläne zur stufenweisen Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro unter Ausnahme Ostdeutschlands nach dem Vorbild des Friseur-Tarifs. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: »Der Friseur-Tarif schützt die Beschäftigten nicht vor Lohndumping und ist damit kein geeignetes Vorbild für die größte Volkswirtschaft Europas. Leistung muss sich wieder lohnen – von München bis nach Rostock. Der Flickenteppich beim Mindestlohn widerspricht einheitlichen Lebensverhältnissen, ist eine Lohnbremse und schafft unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen. Der Mindestlohn der großen Koalition ist auch zu niedrig: Die Inflation entwertet einen einheitlichen Mindestlohn von 8,50 Euro bis 2015. Die Steuerzahler müssen zudem weiterhin die Lohndrückerei von Unternehmen subventionieren, weil Arbeitnehmer ihr mageres Einkommen mit Hartz IV aufstocken müssen. Selbst die deutschen Manager fordern schon jetzt im Schnitt fast neun Euro Mindestlohn. Die Große Koalition der Lohnbremsen ignoriert zudem die internationalen Verhältnisse: Bereits heute liegt der Mindestlohn in Frankreich bei 9,43 Euro. Nach den eigenen Berechnungen der schwarz-gelben Bundesregierung müsste der Mindestlohn in Deutschland sogar zehn Euro betragen, um Altersarmut nach 45 Jahren Vollzeitarbeit zu verhindern. Die SPD könnte mit der LINKEN und den Grünen sofort einen einheitlichen Mindestlohn umsetzen. Ein paar Ministersessel sind ihr offenbar wichtiger als Millionen Arbeitnehmer. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von zehn Euro. Dies würde die Situation von mindestens acht Millionen Menschen umgehend verbessern und überdies alle Beschäftigten zuverlässig vor Lohndumping schützen.«

24.10.2013

Kurzinfo zum Landesparteitag am 19. Oktober 2013 in Eberswalde

Der Landesparteitag hatte sich zur Aufgabe gestellt, das sehr lange in der Partei diskutierte Leitbild 2020 plus zu beschließen.

Themen wie: Energiewende, Bildung, Armut und Teilhabe, Lebensgrundlagen bewahren und ein starkes Gemeinwesen wurden behandelt.

Zu jedem der aufgeworfenen Themen wurden folgende Fragen beantwortet:

Was müssen und können wir bei uns in Brandenburg tun? Welche Stärken und Potenziale können wir selbst entfalten, um unser Land lebenswerter und zukunftsfähig zu machen?

Welche Forderungen müssen wir an die deutsche und europäische Politik stellen, damit wir die nötigen Rahmenbedingungen bekommen, um in Brandenburg das Richtige tun zu können?

Wo müssen wir uns mit unseren bescheidenen Kräften weltweit gesellschaftlich einmischen, um zu Frieden, Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologischer Nach-

haltigkeit auf unserem Planeten beizutragen?

Ein Leitbild ist nicht starr und muss ständig weiter geschrieben werden, weil immer neue Fragestellungen und damit auch neue Antworten gegeben werden müssen. Mit großer Mehrheit hat der Landesparteitag dieses Leitbild angenommen.

Daneben galt es auch, eine Reihe von Satzungsanträgen zu beschließen, die sich mit der Vorbereitung der umfangreichen Wahlen im nächsten Jahr beschäftigten und notwendig geworden waren.

*Anke Schwarzenberg
DIE LINKE*



Anke Schwarzenberg und Doris Dreßler beim Parteitag

Vor und nach den Wahlen

Also diesmal muß alles ganz anders werden!

Diesmal: endgültiger Original-Friede auf Erden!

Diesmal: Aufbau! Abbau! und Demokratie!

Diesmal; die Herrschaft des arbeitenden Volkes wie noch nie!

Diesmal.

Und mit ernstesten Gesichtern sagen Propheten prophetische Sachen:

»Was meinen Sie, werden die deutschen Wahlen im Ausland für Eindruck machen!«

Und sie verkünden aus Bärten und unter deutschen Brillen

– wegen Nichtkiekenkönnens – den höchstwahrscheinlichen Volkswillen.

Sprechen wird aus der Urne die große Sphinx:

Die Wahlen ergeben diesmal einen Ruck nach links.

So:

←

Diesmal werden sie nach den Wahlen den Reichstag betreten,

diesmal werden sie zum Heiligen Kompromisius beten;

diesmal erscheinen die ältesten Greise mit Podagra,

denn wenn die Wahlen vorbei sein werden, sind sie alle wieder da.

Diesmal.

Und mit ernstesten Gesichtern werden sie unter langem Parlamentieren wirklich einen Ruck nach links konstatieren.

Damit es aber kein Unglück gibt in der himmlischsten aller Welten, und damit sich die Richter nicht am Zug der Freiheit erkälten, und überhaupt zur Rettung des deutsch-katholischen-industriellen Junkergeschlechts

machen nach den Wahlen alle Parteien einen Ruck nach rechts.

So:

→

Auf diese Weise geht in dem deutschen Reichstagshaus alle Gewalt nebbich vom Volke aus.

Kurt Tucholsky als

Theobald Tiger in: Die Weltbühne, 08.05.1928, Nr. 19, S. 711

F wie Finanzierungsvorbehalt

Rente, Bildung, Kindergeld, Infrastruktur – kein Tag vergeht, an dem Union und SPD den Blätterwald nicht mit vollmundigen Ankündigungen und Projekten zum Rauschen bringen. Das Problem daran: Woher soll das Geld dafür kommen? Jetzt räche sich, sagt Klaus Ernst, dass die SPD allzu schnell auf Steuererhöhungen für Reiche und Besserverdienende verzichtet hat.

Die Koalitionäre tricksen, täuschen, tarnen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat schon angesagt, wie der Hase laufen soll: Alle Projekte, die im Koalitionsvertrag nicht festgeschrieben werden, stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Ein solcher Koalitionsvertrag könnte in einer großen Wählertäuschung enden. Viel versprochen, doch leider nicht zu halten.

Die SPD kuscht

Und die Wunschliste von Union und SPD ist lang. Inzwischen finden sich auf der sogenannten »F-Liste« Projekte für rund 50 Milliarden Euro – um nur einige Zahlen zu nennen: 8 Milliarden für die Erwerbsminderungsrente, 6,5 Milliarden für die Mütterrente, 5 Milliarden für Leistungserweiterung der Pflege, 7,5 Milliarden für die Erhöhung des Kinderfreibetrags und Kindergeld, 4 Milliarden für Infrastrukturinvestitionen und vieles mehr.

Ohne Steuererhöhungen dürfte das kaum

gehen, doch die will die Union nicht und die SPD legte sie gleich zu Beginn der Koalitionsverhandlungen auf Eis. »Im Wahlkampf hatte die SPD noch Steuererhöhungen versprochen«, sagte Klaus Ernst am Freitag. »Wie ihre gestern bekannt gewordenen steuerpolitischen Vorschläge für die weiteren Koalitionsverhandlungen zeigen, hat sie alle Forderungen, die zu nennenswerten Mehreinnahmen führen würden, ersatzlos fallengelassen. Von der Wiederbelebung der Vermögensteuer oder der Anhebung des Spitzensteuersatzes ist keine Rede mehr.«

Die Mär der Rekorderinnahmen

Die Hoffnung, dass der Bund durch höhere Steuereinnahmen zu Geld kommt, ist auch passé: »Nach der aktuellen Steuerschätzung kann der Bund kaum noch mit steigenden Steuereinnahmen rechnen«, stellt Klaus Ernst fest. »Teilweise muss er seine bisherigen Erwartungen sogar zurückschrauben. Ohne Steuererhöhungen ist der finanzielle Spielraum für die dringend benötigten öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Bildung damit gleich null.« Damit entpuppe sich die »Mär, dass die öffentliche Hand aufgrund steuerlicher Rekorderinnahmen über ausreichend finanziellen Spielraum verfügt«, erklärt Axel Troost. Der Verweis auf Rekordsteuereinnahmen habe die Lage der Staatsfinanzen schon bisher eher verschleiert. Auf Bundesebene stünden magere Zeiten bevor, »wenn Steuererhöhungen für Reiche und Besserverdienende für die Bundesregierung weiterhin tabu bleiben«.

nahmen habe die Lage der Staatsfinanzen schon bisher eher verschleiert. Auf Bundesebene stünden magere Zeiten bevor, »wenn Steuererhöhungen für Reiche und Besserverdienende für die Bundesregierung weiterhin tabu bleiben«.

LINKES Steuerkonzept brächte mehr als 180 Milliarden

Nur ein Beispiel, wozu das führen kann. Die Union will an die Beitragsmittel der Rentenkasse ran, um die sogenannte »Mütterrente« finanzieren zu können. »Das ist systemwidrig und ungerecht«, sagt Matthias W. Birkwald. Die dringend benötigten Reserven der Rentenversicherung würden aufgezehrt. »Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten ist eine familienpolitische Leistung, die wie andere Leistungen dieser Art aus Steuern finanziert werden muss. Den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern darf diese gesamtgesellschaftliche Leistung nicht allein aufgebürdet werden«, warnt er. Damit es wieder gerecht in Deutschland zugeht, muss der vorhandene Reichtum wieder gerecht verteilt werden. DIE LINKE hat ein sozial gerechtes Steuerkonzept vorgelegt, das jährlich Mehreinnahmen von mehr als 180 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen würde. (mehr dazu unter www.linksfraktion.de)

Fraktion DIE LINKE, 08.11.2013

Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung – nichts anderes ist akzeptabel

»Die Ministerpräsidenten Lieberknecht und Sellering haben recht, fast 25 Jahre nach der deutschen Einheit muss endlich gelten: Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung und gleicher Lohn für gleiche Arbeit, aber der Worte sind genug gewechselt, nun lasst uns endlich Taten sehen«, so Dietmar Bartsch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN. Bartsch weiter:

»CDU/CSU und FDP haben in der letzten Legislaturperiode ihren eigenen Koalitionsvertrag beim Thema Rentenangleichung gebrochen.

Egal, wen sich die CDU in die Regierung holt, beim Thema Rentenangleichung Ost gibt's nur eins: Handeln! Wir bleiben dran.«

02.10.2013

Ehrenamtlicher Helfer gesucht!

Für die Verteilung des Malxeblattes im Bereich Stadtmitte suchen wir noch immer einen zuverlässigen Helfer. Wer hat Interesse und möchte einmal im Monat etwas Freizeit in eine gute Sache investieren?

Bitte melden unter Telefon 03562 665648 oder dienstags direkt in unserer Geschäftsstelle, Berliner Straße 22, vorsprechen. Danke!

Newsletter

Europa braucht einen Marshallplan

Die EU-Kommission korrigiert ihre Wachstumsprognose für 2014 von 1,2 auf 1,1 Prozent nach unten und rechnet damit, dass die Arbeitslosigkeit in der Eurozone auf einem »nicht hinnehmbaren« Niveau bleiben wird. Merkels Kürzungs- und Sparföhrtheit schadet der wirtschaftlichen Entwicklung, der Binnenachfrage und dem sozialen Frieden in Europa nachhaltig. Eine Jugendarbeitslosigkeit von 61 % in Griechenland, 56 % in Spanien und von immerhin 23 % EU-weit bedroht die Existenz der jungen Generation Europas. Auch für das scheinbar robuste Deutschland brechen über kurz oder lang die Märkte weg, die es heute noch mit seinen Exporten überschwemmt. Europa braucht einen Marshallplan, wie ihn vor nicht einmal drei Monaten neben LINKE und Gewerkschaften auch ein SPD-Kanzlerkandidat noch gefordert hat. Die neue Bundesregierung muss gemeinsam mit dem Europaparlament und der EU-Kommission massive Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft und für den sozial-ökologischen Umbau in einem Programm bündeln, finanziert durch höhere Abgaben auf große Vermögen und hohe Einkommen. *Gregor Gysi, 05.11.2013*

Toll-Collect-Maut ist ein alter Schlapp-Hut

Die CDU/CSU will künftig auf Maut-Daten zugreifen, um Bewegungsprofile erstellen zu können. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE: Diese vermeintliche Insidermeldung aus Papieren der CDU/CSU ist ein alter Schlapp-Hut. Ich habe bereits am 2. Dezem-

ber 2005, also vor acht Jahren, gewarnt: »Das von Toll-Collect entwickelte Maut-System barg von Anfang an die Gefahr des Daten-Missbrauchs.

Deutschland ist längst auf dem Weg zum Überwachungsstaat. Das Maut-System ist dabei nur ein Modul von vielen.«

Aktuell füge ich hinzu: Die gespielte deutsche Empörung über NSA & Co. sollte endlich zu einer Inventur in eigener Sache führen. *06.11.2013*

Deutsche Dienste Teil einer Täter-Clique?

Zu Meldungen über die Rolle des BND im weltweiten Geheimdienstskandal erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

»Es war zu erwarten, dass die deutsche Opferrolle im NSA-Skandal nicht trägt. Es mehren sich Hinweise darauf, dass der BND Mitglied einer Täter-Clique ist.

Demnach soll der deutsche Geheimdienst in enger Kooperation mit anderen Geheimdiensten intensiv an Spionageprogrammen zur massenhaften Überwachung der Internet- und Telefonkommunikation gearbeitet haben.

Das ist ein Generalangriff gegen Bürgerrechte und Demokratie. Zudem habe es 2008 im Bundesinnenministerium Überlegungen gegeben, eine Abhörzentrale für Polizei und Geheimdienste nach amerikanischem und britischem Vorbild aufzubauen und die Telekommunikationsüberwachung von BND, Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und Bundespolizei zu bündeln. Das wäre ein vorsätzlicher Bruch des Trennungsgabotes unter Schwarz-Rot.

Ich erwarte, dass der Deutsche Bundestag von der Bundesregierung umgehend und öffentlich über diese Entwicklungen, dafür Verantwortliche, internationale Verbindungen und geltende Geheimverträge informiert wird.« *03.11.2013*

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 19.11.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
- Mi., 20.11.: 18:30 Uhr **AG Soziales**
- Di., 26.11.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Di., 03.12.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
- Mo., 09.12.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**
- Di., 10.12.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Mi., 11.12.: 18:30 Uhr **AG Soziales**

Letzter Treff »Linksrum« in diesem Jahr: am Donnerstag, dem 28.11. um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Terminänderung Rechtsberatung

dieses Mal am Dienstag, dem 19.11.13, in der Zeit von 11:30 bis ca. 14:00 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Str. 22, Forst.

Terminvereinbarung
telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils
Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

Der Preis der Freiheit

Der Iran will seinen Bürgern bald freien Zugang zum Internet gewähren. Wahrscheinlich hat der iranische Wächterratt nach dem NSA-Skandal endlich begriffen, dass man seine eigene Bevölkerung auf diese Weise am effektivsten bewachen kann. **MK**

Geburtstag

- 13.11.: 91 Jahre Werner Pöttsch
- 05.12.: 68 Jahre Renate Flemmig
- 07.12.: 90 Jahre Johanna Eitner
- 07.12.: 71 Jahre Dietrich Richter

Herzlichen Glückwunsch, unserer Jubilarin, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!



Wenn die Schockbilder-Kampagne Schule macht...

Aus »Eulenspiegel« Nr. 11/13

Leerposten

In den Koalitionsge-sprächen geht es der SPD nach eigener Aussage mehr um Inhalte als um Posten. Kanzlerin Merkel begrüßt diese Einstellung. Wem es um Inhalte geht, der bekommt bei ihr ohnehin keine Posten.

Michael Kaiser

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.